

**Antrag**  
(Alternativantrag)

**der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zu dem Antrag der Fraktion der CDU  
– Drucksache 17/360 –

**Islamistische Radikalisierung junger Menschen frühzeitig verhindern**

I. Der Landtag stellt fest:

Der furchtbare terroristische Anschlag auf den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016, der Tod von zwölf Menschen und die vielen Verletzten haben uns tief bestürzt. Wir denken an die Opfer – die Toten und die zahlreichen Verletzten.

Dieser und die jüngsten Terroranschläge u. a. in Paris, Brüssel, Istanbul, Essen, Nizza, Würzburg und Ansbach haben gezeigt, dass der islamistisch motivierte Terrorismus in Europa und auch in Deutschland angekommen ist.

Der menschenverachtenden Brutalität islamistischer Terroristen muss entschieden und effektiv auf allen staatlichen Ebenen und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln begegnet werden. Der Schutz vor jeglicher Form des Terrors muss entschlossen effektiviert werden, denn wir brauchen die bestmögliche Sicherheit für alle. Die Unbefangenheit und Angstfreiheit im öffentlichen Raum ist ein Ausdruck von Freiheit, die wir mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verteidigen.

Islamistischer Terror ist nicht mehr nur ein importiertes Phänomen. Es handelt sich vielmehr um Terror, dessen Wurzeln und Ursachen auch im Inneren unseres Landes zu suchen sind. Derartige innerdeutsche Radikalisierungsphänomene können neben gefahrenabwehrrechtlichen und repressiven Maßnahmen der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden nur mithilfe von Prävention und Intervention eingedämmt werden. Nur unter Berücksichtigung eines Präventionsansatzes, der ganzheitlich ausgerichtet ist und staatliche wie nicht staatliche Akteure in gleichem Maße miteinbezieht, lassen sich Radikalisierungstendenzen frühzeitig erkennen und im Vorfeld verhindern. Wir alle müssen alles tun, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende, Gewalt propagierende Ideologien abgleiten und dort, wo es bereits passiert ist, intervenieren und die Menschen zurückholen in unsere freiheitliche Gesellschaft. Gleichzeitig muss die Identifikation mit der freien, toleranten und vielfältigen Gesellschaft unterstützt werden, die Diskriminierungen aus rassistischen Gründen, aufgrund der Herkunft, der Religion oder Weltanschauung oder sexuellen Identität klar entgegentritt.

In Deutschland stellt insbesondere die salafistische Szene ein wesentliches Rekrutierungsfeld für die islamistische Radikalisierung dar. Die Anhänger des Salafismus richten ihre religiöse Praxis und Lebensführung ausschließlich an den Prinzipien des Korans, dem Vorbild des Propheten Muhammad und der ersten drei muslimischen Generationen der Altvorderen aus. Es handelt sich hierbei um eine radikale Auslegung des Islams, die in letzter Konsequenz zu einer Errichtung eines Gottesstaates unter Geltung der Scharia führen soll, in welchem die frei-

heitliche-demokratische Grundordnung keine Geltung mehr haben kann. Innerhalb des Salafismus muss zwischen einem gewaltorientierten und einem gewaltfreien Spektrum unterschieden werden. Aufgrund derartiger extremistischer Bestrebungen gegen die freiheitliche-demokratische Grundordnung steht die salafistische Szene in Deutschland im Fokus der Sicherheitsbehörden. In Deutschland verfolgen nach Schätzungen der Sicherheitsbehörden ca. 9 700 Personen salafistische Bestrebungen, Tendenz weiter steigend.

Salafistische Akteure werben gezielt über Foren im Internet, in sozialen Netzwerken oder auf der Straße (Koranverteilkaktionen, Islamseminare, islamistische Prediger) meist junge Personen an, um diese zu radikalisieren. Nach Erkenntnissen der rheinland-pfälzischen Sicherheitsbehörden verfolgen unter den ca. 450 Islamisten in Rheinland-Pfalz 150 Personen salafistische Bestrebungen. Die Zahlen belegen zwar, dass Rheinland-Pfalz nicht zu sog. salafistischen Hochburgen zählt. Dennoch führt die Verbreitung der salafistischen Ideologie im Internet oder durch Anwerbeversuche auch zu einer Veränderung der Risiken, welche von Personen in Rheinland-Pfalz ausgehen können. Mit einer Ausreise erhöht sich nicht nur die Gefahr einer weiteren Radikalisierung inklusive Kampferfahrung oder des Anschlusses an eine Terrororganisation, mit ihr ist auch die spätere Rückkehr zur Umsetzung von möglichen Anschlagplänen verbunden.

In Bezug auf die statistische Zusammensetzung radikalierter Gruppen lässt sich feststellen, dass insbesondere junge Menschen als Zielgruppe angeworben werden. Ein Großteil der Anhängerschaft wurde in Deutschland geboren und besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie wurden in Deutschland sozialisiert und radikalisierten sich hier. Offenbar konnten sie keinen Platz in unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft finden.

## II. Der Landtag begrüßt:

- dass die Landesregierung am 20. Januar 2017 umfangreiche sicherheitspolitische Maßnahmen beschlossen hat – darunter mehr Personal für Polizei, Verfassungsschutz und Landeskriminalamt, sowie den Ausbau von Präventionsprojekten, um Radikalisierungen frühzeitig zu erkennen und gegen diese anzugehen;
- dass in Rheinland-Pfalz bereits jetzt rund 500 000 Euro allein für Islamismusprävention bereitstehen;
- die Umsetzung des Konzepts zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger Menschen in Rheinland-Pfalz unter Federführung des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz;
- die Ausgestaltung des Konzepts, das auf den zwei wichtigen Säulen der Prävention und Intervention basiert;
- die Initiierung und Förderung einer Beratungsstelle für die Intervention bei islamistischer Radikalisierung durch das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz;
- die Einbindung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge als möglichen ersten Ansprechpartner für Betroffene, die sich per Hotline an dieses wenden können;
- die Gründung des Beirats zum Landeskonzept, in dem zahlreiche behördliche, zivilgesellschaftliche Organisationen und muslimische Verbände vertreten sind;
- die Interventionsarbeit der Beratungsstelle, deren Konzept auf der Beratung von Angehörigen, dem Freundeskreis und pädagogischen Einrichtungen wie Schulen und Jugendzentren sowie auf der Beratung und Deradikalisierung von Radikalisierten im frühen Stadium und dem Angebot der Ausstiegshilfen für Rückkehrer basiert;
- die Erweiterung der Arbeit der Landeskoordinierungsstelle gegen Extremismus im Landesjugendamt um das Themenfeld Islamismusprävention;

- die Gründung des Präventionsnetzwerkes DivAN (Diversitätsorientiertes Arbeiten im Netzwerk), das eine Vernetzung der Akteure im Land zum gegenseitigen Austausch und zur Kooperation vorsieht;
- das Modellprojekt „Leitplanke“, welches Haupt- und Ehrenamtliche aus der Kinder- und Jugendarbeit, Schulen und muslimischen Gemeinden im Rahmen von Fortbildungen besonders qualifiziert, damit diese im Umgang mit religiöser Radikalisierung handlungssicher agieren können.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Umsetzung des Konzepts zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger Menschen in Rheinland-Pfalz konsequent fortzuführen und dabei eine bessere finanzielle Ausstattung im Präventions- und Interventionsbereich sicherzustellen. Weiterhin ist eine Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit notwendig, sodass die Präventionsangebote des Landes bekannter werden und die Öffentlichkeit mehr über islamistische/salafistische Gruppen erfährt;
- die Zuständigkeiten der Fachressorts zur Gewaltprävention durch das Projekt „Koordination Prävention gegen Gewalt (KoPG)“ zu bündeln: Alle Maßnahmen in diesem Bereich werden zukünftig gesteuert und koordiniert von der Koordinierungsstelle Prävention gegen Gewalt im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz. In diesen Prozess werden auch zivilgesellschaftliche Organisationen gezielt eingebunden;
- den bewährten Dialog mit den muslimischen Verbänden am Runden Tisch Islam fortzusetzen, ihn zu verfestigen und zielgerichtet zu intensivieren. Außerdem soll die Kooperation mit den Moscheegemeinden gestärkt werden;
- die Präventionsarbeit an Schulen fortzuführen und zu stärken;
- die Angebote der Beratungsstelle und der Präventionsprojekte bekannter zu machen und ihre Arbeit stärker im Alltag von Menschen, die mit Jugendlichen, die gefährdet oder bereits radikalisiert sind, arbeiten, zu verankern;
- das Aussteigerprogramm für Islamisten weiter zu implementieren. Dabei sollen die Erfahrungen aus dem Aussteigerprogramm „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ genutzt werden;
- für ein religiöses Betreuungsangebot von muslimischen Gefangenen im Rahmen der Möglichkeiten zu sorgen;
- die Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern und dem Bund bei Präventions- und Interventionsmaßnahmen zu stärken sowie zu vernetzen;
- die finanzielle Ausstattung im primärpräventiven Bereich, insbesondere durch den Ausbau der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, zu verbessern.

Für die Fraktion der SPD:      Für die Fraktion der FDP:  
Martin Haller                      Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Pia Schellhammer

